

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großschm. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Briefporto 2.- Mark., für Selbst-Abholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Postgebühren. Telefon Sammelnummer 72208 — **Postkontokonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72208. — **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 72208

Inseratenpreise: Die 10 gelbte Kolonellseite 35 Pf., bei Platzvorrat 40 Pf., Stellenangebote 10 gelbte Kolonellseite 25 Pf., Familiennachrichten von Privatpersonen 10 gelbte Kolonellseite mit 50% Nachlaß, Reklamezeitung 2 Mt., Inserate v. ausw.: die 10 gelbte Kolonellseite 40 Pf., bei Platzvorrat 50 Pf., Reklamezeitung 2.25 Mt.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Die Große Koalition vorläufig gescheitert

Ein Kabinett der „Persönlichkeiten“

Auf dem Umwege zur Großen Koalition

Ein Bluff der Volkspartei?

Berlin, 22. Juni.

Man soll den Tag nicht vor dem Mittag loben. Im Gegensatz zur Presse vom Donnerstagnachmittag waren die Morgenausgaben wieder vom rosigsten Optimismus erfüllt. Was sollte noch schief gehen, nachdem Herr Dr. Scholz am Tage vorher den Einwirkungen des Herrn von Guérard, und — wie in der Germania berichtet wird — des Hindenburg-Staatssekretärs Meißner erlegen war? Gegen mittag aber schlug das Barometer um; mit dem herniedertiefenden Regen änderte sich auch plötzlich der Stimmungsbalken für die Große Koalition.

Die Fraktion der Volkspartei war um 10 Uhr zusammengetreten. Für 12 Uhr war sodann eine Besprechung der Parteiführer angesetzt, in der die Beschlüsse der Volkspartei entgegengenommen werden sollten. Aber die Verhandlungen der Scholz-Fraktion verzögerten sich, so daß mit einer neuen „Verteilung“ der Tage zu rechnen war. Erst gegen 13 Uhr wurden die Beratungen der Volkspartei zu Ende geführt. Die Beschlüsse wurden für geheim erklärt. Die Mitglieder der Volkspartei schwiegen, zur Verzweiflung der Journalisten, die ihre Nachmittagsblätter zu bedienen hatten, wie der Tod. Jedoch, die Situation klärte sich nur allzu bald. Gegen vierzehn Uhr kam Herr Dr. Koch als erster von der Besprechung der Parteiführer zurück. „Alles zerfallen“, so berichtete er dem dichten Chorus der Zeitungsschreiber.

Herr Dr. Scholz hatte eine festere Bindung in der Preußenfrage verlangt, mit einer Ison Zulage könne sich seine Partei nicht zufrieden geben. Zwar weiß auch die Volkspartei, daß die preußische Regierung von den Fraktionen des Reichstags nicht umgeben werden kann, nichtsdestoweniger verlangte sie kategorisch, am 10. Juli müßte die Erweiterung des Preußenkabinetts „effektiv“ werden. Für den 10. Juli ist die in der preußischen Verfassung vorgeschriebene Bestätigung des Landtagspräsidenten vorgesehen. Darum muß der Landtag zu einer kurzen Zwischenkunft zusammenkommen, und bei dieser Gelegenheit sollte — ein Geschäft Zug um Zug — das erweiterte Kabinett bestätigt werden. Also ein Kuhhandel im trivialsten Sinne des Wortes, trotz des Sprachgebrauchs, den Herr Scholz aus den Maklerbüros der Börse übernahm.

Ferner weigert sich die Volkspartei nach wie vor, dem Verfassungsfesttag zuzustimmen, das widerspricht ihrer „volkskaiserlichen“ Ideologie, und zuletzt hat sie jetzt die Unterstützung der Bayerischen Volkspartei erlangt, der inzwischen telephonisch eine Spülze aus München verabsolgt worden ist. Am Tage vorher hatte sich Herr Reich, der Hüter des Doms zu Bamberg, bereit erklärt, dem Verfassungstag zuzustimmen, wenn gewisse Ausnahmen für Entarbeiteten zugelassen werden würden. Aber die Feler des 11. August ist zweifellos nur Kuhhandelsobjekt, über das die Volkspartei mit sich reden ließe. Entscheidend bleiben neben den Problemen der Finanz- und Sozialpolitik die preußische Frage und der Panzerkreuzer.

Für die Volkspartei bedeutet der Panzerkreuzer ein Programm, der erste Schritt, wie schon bemerkt, zum neuen Rüstungsprogramm der deutschen Bourgeoisie. Am Donnerstag war erwogen worden, die Stapellegung hinauszuschieben und die nächste Entscheidung bei der Erörterung des kommenden Reichsetats herbeizuführen. Aber hier stoßen die Kräfte der beiden Gesellschaftsklassen unmittelbar aufeinander, und um diese Frage dürften die weiteren Verhandlungen entschieden werden.

Vorläufig freilich vermag niemand zu ersehen, wie die Dinge weitergehen sollen. Hermann Müller hat dem Reichspräsidenten Bericht erstattet. Hindenburg ist Generalfeldmarschall, und damit ist seine Stellung zum Panzerkreuzer ganz von selbst gegeben. Vielleicht schreibt Hindenburg wieder einmal einen Brief — auf diesem Gebiete hat er allmählich einige Übung erlangt — denn neben dem Kampf um den Panzerkreuzer erhebt die Frage: Was nun? So fragen neugierige Zeitungsschreiber auch Herrn Dr. Koch. Er suchte die Antwort: „Wer kann das wissen?“ Die Weimarer Koalition ist abhängig von der Bayerischen Volkspartei, die aber ihre Weisungen aus München erhält und deren leitende Instanzen am Sonnabend zusammentraten. Gewiß würden die bayerischen Bauern zur Bildung einer kleinen Weimarer Mehrheit ausreichend sein, aber ohne die Bayerische Volkspartei scheidet auch das Zentrum aus. Der Bürgerblock wiederum verfügt über keine eigene Mehrheit im Parlament, und die Demokraten weisen den Gedanken der Unterstützung eines solchen Kabinetts noch immer mehr oder minder kategorisch ab. Bleibt eine Minderheitsregierung der bürgerlichen Mitte, eine Lösung, die nicht von Dauer wäre, die sich aber zur Basis für einen neuen Bürgerblock entwickeln kann. Jedenfalls sondierte Hermann Müller zunächst auf der Linie der Kleinen Koalition, doch darüber dürfte zunächst in München entschieden werden.

Die Tägliche Rundschau, deren Spiritus rector, Herr Dr. Stresemann, am Morgen in die Ferien fuhr, verkündete am Nachmittag in ihren Letztern: „Große Koalition gescheitert. Sozialdemokratie unanahiebig in der Frage des 11. August und des Panzerkreuzers.“ Der Vorwärts schrieb dazwischen während in seinem Pfingstartikel, daß „Forderungen“, „Quantitäten“ und dergleichen die Verhandlungen über die Bildung der Regierung zum Scheitern verurteilen würden, und die Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion hat, entsprechend dieser Einstellung, keine konkreten Bedingungen aufgestellt. Wir haben die Notwendigkeit programmatische Grundlagen für die Verhandlungen von allem Anfang an vertreten, und obwohl dem nicht entsprochen wurde, erklärt nun das Stresemann-Organ, daß die Verhandlungen an den Forderungen der Sozialdemokratie gescheitert seien. Das rechtfertigt unsere Haltung in jeder Frage, und wir leugnen nicht, daß dieses vorläufige Ergebnis der Verhandlungen auch ohne konkretes Programm unseren Wünschen durchaus entspricht. Noch freilich ist nicht aller Tage Abend, und wer sich den Gang der Ereignisse vor Augen hält, muß noch auf weitere Ueberraschungen gewappnet sein.

Müller-Franken beim Reichspräsidenten

WTB Berlin, 22. Juni.

Abgeordneter Müller-Franken berichtete heute, 19 Uhr, dem Herrn Reichspräsidenten eingehend über die von ihm in den letzten Tagen wegen der Regierungsbildung geführten Verhandlungen, die heute zu dem Ergebnis gelangt seien, daß die Regierungsbildung auf der Grundlage der Großen Koalition als gescheitert angesehen werden müsse. Abgeordneter Müller schloß daran einen Bericht über seine heute begonnenen Bemühungen um Bildung einer Regierung auf der Grundlage einer kleineren Koalition. Der Herr Reichspräsident dankte Herrn Müller für seine bisherigen Bemühungen und ermächtigte ihn, seine Verhandlungen zur Regierungsbildung auf der Grundlage einer kleineren Koalition fortzusetzen.

Der Nechtungspakt

Ein neuer Entwurf

WTB Washington, 22. Juni.

Das Staatsdepartement sandte heute eine Note mit dem neuen Entwurf des Kriegsgütungspakts an die amerikanische Botschaft in Paris zur Weiterleitung an den Quai d'Orsay und die Botschafter in Berlin, London und Rom. Die Ueberreichung der Note soll gleichzeitig erfolgen, und zwar entweder Sonnabend oder Montag. Dem Vernehmen nach ist nur die Präambel des Entwurfs geändert worden. Im Staatsdepartement verlautet, daß der Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheit mit dem Entwurf Kelloggs einverstanden ist und daher Schwierigkeiten betreffs einer Ratifizierung durch den Senat nicht zu erwarten sind.

Angeklagter Otto bestreitet

SPD Riga, 23. Juni (Radio).

Im Donezprozeß wurde am Freitag der deutsche Monteur Otto vernommen. Er bestritt jede Gemeinschaft mit dem Stahlhelm und erklärte, sich seit seiner Anwesenheit nie mit falschlichen Dingen befaßt zu haben. Im übrigen bestritt er alle ihm in der Anklageschrift zur Last gelegten Taten.

Generalkreuz

SPD Athen, 23. Juni (Radio).

Der Generalkreuz ist in ganz Griechenland allgemein. In Saloniki kam es bereits zu Zusammenstößen zwischen Streikenden und Polizei. Mehrere Personen wurden verletzt.

WTB Paris, 23. Juni.

Der Information wird aus Belgrad gemeldet, daß laut Nachrichten aus Saloniki gestern Zusammenstöße zwischen streikenden Arbeitern und Polizei stattgefunden hätten. Sieben Personen sollen getötet und dreißig verwundet worden sein.

Parlamentsschluß in Warschau

WTB Warschau, 22. Juni.

Der Senat hat heute nachmittags das Staatsbudget für das Finanzjahr 1928/29 in der vom Landtag verabschiedeten Fassung unverändert angenommen. Die ordentliche Budgetsession des Sejms und des Senats für das Finanzjahr 1928/29 ist heute abend geschlossen worden. Die betreffenden Dekrete, die vom Staatspräsidenten und Marschall Witkubski gezeichnet sind, wurden durch den Sekretär des Ministerpräsidentiums in der Sejms- und Senatskanzlei abgegeben.

Die Projektmacher haben freies Feld, und der Vorwärts greift von neuem den Vorschlag auf, den die Rechtspreße unmittelbar nach den Wahlen unter dem Eindruck der ersten Bestürzung machte. Sie schrieb, man solle die Sozialdemokraten regieren lassen, damit sie zeigen, was sie können. Vor einigen Tagen bereits griff der Vorwärts auf diese Erwägungen zurück, aber zweifellos nur, um den Gegner zu blüffen. Nun sind die Verhandlungen am Ende angelangt. Die Große Koalition muß vorläufig als gescheitert betrachtet werden, und an das Zustandekommen einer Kleinen Koalition glaubt vorläufig noch kein Mensch. Wir unterstützen den Vorschlag des Vorwärts, insoweit er die Führung in den Händen der Sozialdemokratie belassen will, und wennschon von allerlei Experimenten gesprochen wird, dann scheint auch das Experiment einer sozialistischen Minderheitsregierung durchaus erwägenswert.

In einer solchen Regierung müßte die Sozialdemokratie notwendig die Führung haben, wenigstens sie im Angesicht der Verhältnisse keine sozialistischen Maßnahmen durchzuführen vermöchte. Daß aber ein solches Experiment zur Zeit auch an dem Willen vieler Sozialdemokraten scheitern würde, steht positiv fest. Darum erweitert der Vorwärts den Vorschlag, den die Deutschnationalen machten und erklärt, daß die Sozialdemokratie bestrebt sein müsse, andere Persönlichkeiten und deren Parteien als Teilnehmer für das Kabinett zu erlangen. Das wäre eine Regierung der „Führer“, wie sie von der demokratischen Presse von Anfang an propagiert worden ist, besser gesagt, die Herbeiführung der Großen Koalition auf Umwegen.

Welche Möglichkeiten im Rahmen einer Großen Koalition gegeben sind, das haben die Verhandlungen der letzten 14 Tage mit aller Deutlichkeit gezeigt, und es würde einigermaßen schwierig sein, wenn von den Vorschlägen, die der Vorwärts erwägt, auch nur die „führende“ Rolle durch die Sozialdemokratie verwirklicht werden sollte. Die Postische Zeitung hat bereits ein Kabinett der Persönlichkeiten zur Hand, in dem als Vertreter der Volkspartei der bisherige Wirtschaftsminister Dr. Curtius und der Außenminister Dr. Stresemann genannt werden. Für die Demokraten käme Koch-Weser als Justizminister in Betracht. Das Zentrum würde Herrn v. Guérard als Vizelkanzler stellen, während Dr. Brauns das Arbeitsministerium behalten würde. Für das Postministerium wird Herr Schäkel von der Bayerischen Volkspartei genannt. Außerdem soll Herr Dr. Wirth ein Portefeuille angeboten werden, der übrigens bereits auf Beschluß des Zentrumsfraktionsvorstandes für den Posten eines Vizelkanzlers vorgesehen war. Die übrigen Posten würde dann die Sozialdemokratie zu stellen haben, von denen wiederum neben dem Reichskanzler Hermann Müller, Severing als Innenminister und Hilferding als Finanzminister im Vordergrund stehen.

Würde dieser Vorschlag verwirklicht werden, dann wären wir zum Anfang der Verhandlung zurückgeführt, und damit würde die Führerfrage im Kabinett der „Führer“ oder der „Persönlichkeiten“ von neuem aktuell. Und zum Führer gehört die Geführte. Das aber ist die Deutsche Volkspartei, die auch vom Kabinett der „Persönlichkeiten“ nicht entbehrt werden könnte, ganz gleich, ob sich die Herren Dr. Curtius und Dr. Stresemann ihre Handlungsfreiheit ohne fraktionsmäßige Bindung bewahren könnten. Und damit sind die Möglichkeiten eines solchen Kabinetts von selbst gegeben, denn an den Forderungen, die sich nun trotz des Widerstandes der sozialdemokratischen Fraktion herauskristallisiert haben, dürfte nichts geändert werden, wenn nicht die Führung an die Deutsche Volkspartei und die übrigen Parteien des Bürgertums übergehen soll. Darum ist es Aufgabe der Gesamtpartei, ihre Bedingungen für den Eintritt in ein solches Kabinett der Persönlichkeiten um so schärfer zu formulieren, damit nicht am Ende die große Enttäuschung kommt, wenn etwa die vermeintlichen Führer als die Geführten aus dem Kabinett der Persönlichkeiten ausgeschifft werden würden. Aus alledem ist zu verlangen, daß völlige Klarheit geschaffen werden muß. Diese aber ist nur zu erreichen, wenn die Sozialdemokratie, den Bahnen des Zentrums und der Volkspartei folgend, ihre Forderungen klar und scharf umreißt.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung, das frühere Stimmorgan, spricht von einem „Theatercoup im Reichstag“ und meint, daß dieser große „Bluff“ keineswegs bedeute, daß die Verhandlungen über die Große Koalition tatsächlich und unwiderruflich gescheitert seien. Das steht zwar im Widerspruch zu den Auffassungen, die von der übergroßen Mehrheit der Abgeordneten am Freitagabend geteilt worden ist, aber wir glauben, daß die Auffassung der Deutschen Allgemeinen Zeitung den Tatsachen dennoch entspricht. Ueber das Kabinett der Persönlichkeiten entscheidet wiederum die Deutsche Volkspartei. Sie wird sich zu erklären haben, ob sie ihrem Fraktionsführer Stresemann und Herrn Dr. Curtius die erforderliche Bewegungsfreiheit gibt, um in das Kabinett der Pers-